

Herausgeber:

Heinrich Bechtoldt †  
Geschäftsführender Herausgeber  
Hans Apel  
Herbert von Borch  
Klaus Ritter  
Walter Scheel  
Helmut Schmidt  
Horst Teltschik  
Richard von Weizsäcker  
Gerhard Wettig

# AUSSEN POLITIK

**Zeitschrift für  
internationale  
Fragen**

Gilbert Gornig

**Die vertragliche Regelung der mit der deutschen  
Vereinigung verbundenen auswärtigen Probleme**

Gerhard Wettig

**Deutsche Vereinigung und europäische Sicherheit**

Holger H. Mey und Michael Rühle

**Deutsche Sicherheitsinteressen  
und Nuklearstrategie der NATO**

Michael J. Inacker

**Eine wahre Volksarmee nach einem halben Jahr?**

**Legenden und Wahrheiten über die Nationale**

**Volksarmee nach dem Umbruch in der DDR**

Boris Meissner

**Der XXVIII. Parteitag der KPdSU: Innen- und Außenpolitik**

Frank Richter/Jobst Echterling

**Ansätze zu einer Militärreform in der Sowjetunion**

Ursula Braun

**Epizentrum Kuwait: Die weltpolitische**

**Dimension eines Regionalkonflikts**

Hans Arnold

**Die Golf-Krise und die Vereinten Nationen**

Günter Verheugen und Claudius Wenzel

**Das Ende der Apartheid? Chancen und Risiken  
des Verhandlungsprozesses in Südafrika**

Joachim Krause/Klaus Frhr. von der Ropp

**Das neue Südafrika: Sicherheitspolitische und  
politische Aspekte**

**Neue Literatur: Bücher**

42. Jahrgang

**1/91**

1. Quartal 1991 Verlagsort Hamburg DM 12,50

# AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

---

Jg. 42

2. Quartal 1991

|  |            |
|--|------------|
| Gilbert Gornig   |            |
| <b>Die vertragliche Regelung der mit der deutschen<br/>Vereinigung verbundenen auswärtigen Probleme</b>  | <b>3</b>   |
| Gerhard Wettig   |            |
| <b>Deutsche Vereinigung und europäische Sicherheit</b>   | <b>13</b>  |
| Holger H. Mey und Michael Rühle  |            |
| <b>Deutsche Sicherheitsinteressen<br/>und Nuklearstrategie der NATO</b>  | <b>21</b>  |
| Michael J. Inacker   |            |
| <b>Eine wahre Volksarmee nach einem halben Jahr?<br/>Legenden und Wahrheiten über die Nationale<br/>Volksarmee nach dem Umbruch in der DDR</b> | <b>32</b>  |
| Boris Meissner   |            |
| <b>Der XXVIII. Parteitag der KPdSU Innen- und Außenpolitik</b>   | <b>38</b>  |
| Frank Richter/Jobst Echterling   |            |
| <b>Ansätze zu einer Militärreform in der Sowjetunion</b>   | <b>49</b>  |
| Ursula Braun   |            |
| <b>Epizentrum Kuwait: Die weltpolitische<br/>Dimension eines Regionalkonflikts</b>   | <b>59</b>  |
| Hans Arnold  |            |
| <b>Die Golf-Krise und die Vereinten Nationen</b>   | <b>69</b>  |
| Günter Verheugen und Claudius Wenzel   |            |
| <b>Das Ende der Apartheid? Chancen und Risiken<br/>des Verhandlungsprozesses in Südafrika</b>  | <b>79</b>  |
| Joachim Krause/Klaus Frhr. von der Ropp  |            |
| <b>Das neue Südafrika: Sicherheitspolitische und<br/>politische Aspekte</b>  | <b>90</b>  |
| <b>Neue Literatur: Bücher</b>  | <b>101</b> |

---

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtold †, Hans Apel, Herbert v. Borch, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Horst Teltschik, Richard von Weizsäcker, Gerhard Wettig.  
Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS Verlag GmbH, Hartwicusstraße 3-4,  
D-2000 Hamburg 76, Telefon: (0 40) 2 29 06 09,  
Verleger: Karin Reinecke,  
Anzeigen: z. Z. ist Preisliste Nr. 13 gültig.  
Druck: Wullenwever-Druck Heine KG, Grapengießerstraße 30,  
D-2400 Lübeck 1.

---

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50.  
Abbestellungen zum Ende des Berechnungszeitraumes mit einer Frist von sechs Wochen.

---

BEILAGENHINWEIS: Einem Teil der Auflage liegt eine Beilage des Verlag Norman Rentrop bei.

## Das neue Südafrika: Sicherheitspolitische und politische Aspekte

*Die Probleme, die das nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete Apartheidsregime in Südafrika geschaffen und mit deren Lösung die neue Regierung der Klerk jetzt endlich ernsthaft begonnen hat, gelten in der breiten Öffentlichkeit weithin als innenpolitischer Art. Die Völkergemeinschaft erscheint von ihnen nur so weit berührt, wie die innere Lage Südafrikas als ein Appell an die internationale Verantwortung aufgefaßt wird, wie die Geschehnisse des benachbarten Namibias davon betroffen sind und wie der Zustand des von Pretoria regierten Landes Außenwirkungen zeitigt. Unter diesem Blickwinkel ist das Interesse für den inneren Wandel, der sich gegenwärtig in Südafrika abzeichnet, bereits sehr groß. Joachim Krause, Politikwissenschaftler und Fachmann für Rüstungs- und Sicherheitsfragen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, und Klaus Freiherr von der Ropp, seit langem ein in Deutschland und Südafrika gleichermaßen bekannter und ausgewiesener Experte für Fragen des südlichen Afrika, zeigen die einschlägigen Entwicklungen im Land am Kap der guten Hoffnung auf und machen darüber hinaus deutlich, daß Südafrika auch in den Fragen der Nicht-Verbreitung von Kernwaffen und des Rüstungstransfers in die Dritte Welt eine wichtige internationale Rolle spielt. Die Vorgänge innerhalb des Landes werden davon in einem nicht unerheblichen Ausmaß beeinflusst; sie sollten auch im Ausland vor diesem Hintergrund gesehen und verstanden werden.*

### Das südliche Afrika auf dem Weg zu einer Pax Britannica?

Im zweiten Halbjahr 1988 war es der mit Sachkunde und Behutsamkeit vorgehenden amerikanisch-sowjetisch-britischen Geheimdiplomatie gelungen, Angola, Südafrika und Kuba zum Abschluß des Vertrages von New York (Dezember 1988) zu führen. Das Zusammenwirken der beiden Supermächte und Großbritanniens im südlichen Afrika blieb auch in der Folgezeit von Erfolg gekrönt: Der Abzug des kubanischen Expeditionscorps aus Angola wurde 1989/90 abredgemäß abgewickelt, und Namibia wurde im März 1990 entsprechend dem in Resolution 435 (1978) des UN-Sicherheitsrats festgelegten Verfahren unabhängig. Wie sehr diese Entwicklungen vor allem die Handschrift Großbritanniens trugen, zeigte sich wenig später in Windhuk, als Namibia, obwohl nie britische Kolonie gewesen, dem Commonwealth beitrug. Auch beauftragte die Regierung des Staatspräsidenten S. Nujoma die Briten, die bisherige SWAPO-Streitmacht PLAN und die Streitkräfte der bisherigen Regierung, die *South West African Territory Forces*, zu einem einheitlichen namibischen Nationalheer zusammenzufassen. Überall in Namibia sind

schließlich britische nichtstaatliche Organisationen (*non-governmental organizations*/NGOs) tätig<sup>1</sup>.

Erfolglos blieben dagegen bislang alle Bemühungen um eine Beilegung der mit militärischen Mitteln nicht zu entscheidenden Bürgerkriege in Angola und Mozambique. Ende April 1990 fanden in Evora/Portugal abermals Verhandlungen zwischen der angolischen Regierung und Vertretern der angolischen Befreiungsbewegung UNITA sowie erstmals seit Ausbruch des Bürgerkrieges in Mozambique Mitte der 70er Jahre im Juli 1990 in Rom Gespräche zwischen Maputo und den RENAMO-Rebellen statt, jedoch blieben beide Verhandlungsrunden offenbar erfolglos. Der Vorschlag, die bewaffneten Konflikte in den beiden früheren portugiesischen Kolonien ähnlich dem Namibia-Konflikt zu beenden, ist allem Anschein nach nicht zu verwirklichen. Denn die in den Ein-Parteien-Staaten Angola und Mozambique herrschenden Parteien MPLA (*Movimento Popular de Libertação de Angola*/Volksbewegung zur Befreiung Angolas) bzw. FRELIMO (*Frente Popular de Libertação de Moçambique* Volksfront zur Befreiung Mozambiques) weigern sich bislang, sich ihren politischen Rivalen in einer international überwachten Wahl zu stellen.

Die diplomatischen Erfolge im afrikanischen Südwesten wurden wahrscheinlich erst möglich, nachdem London, Washington und Moskau 1988 Pretoria signalisiert hatten, daß sie nach der Aufgabe Namibias durch Südafrika ihre diplomatischen Anstrengungen in Afrika in den Dienst der Parteien des Südafrikakonflikts stellen würden, um diese zu befähigen, Verhandlungslösungen zu finden. Wirtschaftliche Interessen sowie vor allem die Möglichkeit einer Rückwanderung von bis zu einer Million britischstämmigen, nicht selten rechtsextremistischen weißen Südafrikauern nach Großbritannien zwangen insbesondere London zum Handeln. Die intensive Verzahnung der britischen Volkswirtschaft mit derjenigen der Kap-Republik gibt Großbritannien viele Möglichkeiten, auf Pretoria einzuwirken. Denn es sind englisch-, nicht aber afrikaanssprachige Weiße, die das südafrikanische Wirtschaftsleben beherrschen. Und anders als noch vor wenigen Jahren, fordern die führenden Wirtschaftskreise Südafrikas heute den fundamentalen politischen Wandel.

Die Ende 1987/ Anfang 1988 Pretoria und damit auch London und Washington durch den seinerzeitigen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß übermittelte Neuorientierung der sowjetischen Südafrika-Politik ließ die britische Diplomatie unverzüglich handeln. Seit dem Abschluß der Strauß-Mission herrschte in London und Washington nicht mehr die Sorge, Moskau werde — ähnlich wie Mitte der 70er Jahre in Angola und Mozambique — versuchen, in einem unabhängigen Namibia und einem Südafrika nach der Apartheid Satellitenregime an die Macht zu bringen. Vielmehr konnte sich jetzt ein gemeinsames amerikanisch-britisch-sowjetisches Vorgehen im südlichen Afrika entwickeln.

Die Briten nutzten die Gunst der Stunde und suchten den späteren Staatspräsidenten F. W. de Klerk, der im Juni 1989 in London weilte, davon zu überzeugen, daß

<sup>1</sup> Zu alledem Klaus Frhr. von der Ropp, Friedensinitiativen im Südwesten Afrikas, in: AUSSENPOLITIK 1989/2, S. 193-205; ders., Perestrojka in Pretoria? Nationale und internationale Reaktionen, in: liberal 1990/1, S. 23-32.

ein radikaler Bruch mit der Politik seines altersstarken und kaum innovativen Vorgängers P. W. Botha unumgänglich sei. Doch bedurfte es noch des Einflusses seines seit jeher für seine Offenheit bekannten älteren Bruders, Willem de Klerk, wie auch des Vorsitzenden des *Broederbondes*, jenes Bündnisses der Afrikaans sprechenden weißen Eliten des Landes, Pieter de Lange, und anderer Berater, um ihn zu veranlassen, im Mai 1990 mit dem Afrikanischen Nationalkongreß (*African National Congress/ANC*) Verhandlungen über das neue Südafrika aufzunehmen.

### Südafrika zwischen Traum und Trauma

Anfang Februar 1990 hob die Regierung de Klerk die 1950 gegen die Südafrikanische Kommunistische Partei (*South African Communist Party/SACP*) sowie 1960 gegen den ANC und den Panafrikanischen Kongreß (*Pan Africanist Congress/PAC*) ausgesprochenen Verbote auf. ANC und PAC nahestehenden Organisationen wurde erlaubt, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen; Nelson Mandela, die Symbolfigur des schwarzen Freiheitskampfes, wurde freigelassen und den Führungen von ANC, SACP und PAC, ihren zivilen Funktionären und einfachen Mitgliedern und schließlich ab Anfang August 1990 auch den Angehörigen der beiden Guerillaarmeen des ANC und des PAC die straffreie Rückkehr in die Republik Südafrika gestattet.

National und international beherrscht der ANC seither endgültig den Kampf gegen Apartheid. Dies um so mehr, als sich jetzt auch die einst mit Pretoria kollaborierenden Führungen von acht der zehn Bantustans zu ihm bekennen. Hingegen hat die regierende *Nasionale Party van Suid-Afrika* (NP) zwischenzeitlich viele Anhänger verloren. Auch der Führungsspitze des ANC kann nicht entgangen sein, daß de Klerk heute nur noch eine Minderheit der weißen Afrikaner repräsentiert. Viele seiner früheren Wähler, gleichgültig, ob afrikaans- oder englischsprachig, dürften bei einer erneuten Wahl — so etwa der von den Befreiungsbewegungen geforderten Wahl zu einer Verfassungsgebenden Versammlung — für die *Konserwatiewe Party* stimmen. Diese 1982 gegründete und seither stetig gewachsene Partei redet einer Rückkehr Südafrikas zum *status quo ante*, das ist die Apartheid des früheren Ministerpräsidenten Hendrik F. Verwoerd, das Wort.

Der weißafrikanische Widerstand gegen de Klerks Politik des fundamentalen Wandels gründet sich dabei nicht nur auf Rassismus, auf ideologische Verblendung und eine oft stupide antikomunistische Propaganda früherer Jahrzehnte. Zunehmend dominiert die Furcht, Südafrika werde unter einer schwarzen Regierung den Weg Zimbabwes oder gar Angolas und Mozambiques gehen! Die Angst vor Vertreibung oder gar Liquidierung ist durchaus auch in liberalen Kreisen des weißen Südafrika verbreitet. Sie hat vielfältige Wurzeln. Zum einen sehen viele mit Sorge die starke Position von Mitgliedern der bis vor kurzem stalinistischen SACP in den Führungsgremien des ANC. Zum anderen ist die Furcht verbreitet, daß das eben erst ausgesprochene Bekenntnis des ANC zum politischen Pluralismus nur von taktischer Natur sei und kaum den Tag der Übernahme der Regierungsverantwortung durch den ANC in Pretoria überdauern werde. In den zurückliegenden Jahren

hatte der ANC häufig geäußert, daß er ein System des politischen Pluralismus nur in den „Grenzen des Befreiungskampfes“ („*liberatory intolerance*“) befürworte<sup>2</sup>. Angst löst schließlich unter nahezu allen weißen Afrikanern ein in PAC-Kreisen häufig, seltener von ANC-Anhängern, gesungenes und von niemandem mißverständenes „Lied“ aus, dessen Refrain „one settler, one bullet“ lautet.

Von der Angst der weißen Bevölkerungsminderheit zehren derzeit die rechtsextremen Organisationen. Die Zusammenstöße zwischen schwarzen und weißen Bergarbeitern Mitte Mai 1990 in Welkom, die die Stadt für Tage an den Rand des Chaos brachten, machten besonders deutlich, mit welchen Aktionen rechter Oppositioneller sowohl NP als auch ANC in Zukunft rechnen müssen. Die schon heute mächtige *Afrikaner Weerstandsbeweging* (AWB) und rechtsextremistische Splittergruppen, die allesamt der *Konserwatiewen Party* nahestehen, können veranlassen, daß Zusammenstöße dieser Art zur Tagesordnung werden. Und ihre Niederschlagung wird dadurch erschwert, daß der *Konserwatiewen Party* und der AWB auch sehr viele Angehörige der Sicherheitskräfte angehören. Um ein Verhandlungsergebnis zu erzielen, muß auch der ANC die Existenz starker konterrevolutionärer Kräfte im Lager der weißen Afrikaner in Rechnung stellen<sup>3</sup>. Dann läuft er allerdings Gefahr, insbesondere unter den Millionen militanter Jünglicher in den schwarzen Ghettos Anhänger an den PAC zu verlieren.

### Erste Verhandlungen und erste Verhandlungsergebnisse

Anfang Mai 1990 trafen sich zum ersten Mal in Groote Schuur/Kapstadt hochrangige Delegationen des ANC und der Regierung, um sich über die Erledigung noch offener Vorbedingungen für die Eröffnung von Verhandlungen über ein Südafrika nach der Apartheid zu verständigen. Die Begegnung wurde drei Monate später in Pretoria wiederholt. Beide Male verweigerte der PAC seine Teilnahme; er ist nur bereit, mit Pretoria über dessen Kapitulation zu verhandeln. Ebenso unrealistisch war die Haltung der *Konserwatiewen Party*. Sie verweigerte die Teilnahme an den Gesprächsrunden, da der ANC — natürlich — nicht bereit ist, mit ihr über die Rückkehr zur Apartheid Verwoerdscher Prägung zu diskutieren. Demgegenüber war die unter den in ländlichen Gebieten KwaZulus/Natals lebenden zulusprachigen Schwarzen nach wie vor populäre *Inkatha*-Bewegung M. Buthelezis durchaus bereit, nach Groote Schuur zu kommen. Doch deren Teilnahme wurde durch den ANC verhindert.

In Diskussionen mit ihm nahestehenden progressiven Organisationen in Südafrika hatte der ANC 1989 ein Papier mit seinen Überlegungen zu Verhandlungen mit Pretoria vorgelegt. Darin sind u. a. die Vorbedingungen für Verhandlungen aufgeführt. Ihnen stimmten in der Folgezeit das Südafrikakomitee der Organisation für Afrikanische Einheit (*Organisation of African Unity*/OAU), bei ihrem jüngsten

<sup>2</sup> Dazu Klaus Frhr. von der Ropp, Two years after Dakar, the dialogue continues, in: Democracy in Action, 1989/7, S. 14-15.

<sup>3</sup> S. dazu den Text der ersten Pressekonferenz Nelson Mandelas nach seiner Haftentlassung, abgedruckt in: The Star vom 15. 2. 1990, S. 17 („We want whites to feel safe“) im Anschluß an Mandela's Way Forward, in: Africa Research Bulletin/Political Series vom 15. 2. 1990, S. 9551.

Gipfeltreffen im September 1989 in Belgrad die Blockfreien-Bewegung sowie im Dezember 1989 die 16. UN-Sondergeneralversammlung zu<sup>4</sup>.

Über viele der in dem ANC-Papier aufgeführten Vorbedingungen brauchte in Groote Schuur nicht mehr verhandelt zu werden, da sie zwischenzeitlich von Pretoria bereits erfüllt worden waren: ANC, SACP, PAC und viele ihnen nahestehende Organisationen waren im Februar 1990 wieder zugelassen worden und beteiligen sich seither am politischen Leben Südafrikas. Seit Juni 1990 ist das Notstandsregime in allen Provinzen mit Ausnahme Natal's aufgehoben. Strafprozesse wie auch Hinrichtungen wegen politisch motivierter Delikte wurden Anfang des Jahres suspendiert. Viele Strafgefangene und sonstige Häftlinge waren vorher bereits freigelassen, exilierte Südafrikaner in vielen Fällen amnestiert worden.

Kernpunkt beider Verhandlungsrunden war, wie es im Schlußkommuniqué von Mai 1990<sup>5</sup> heißt, die „gemeinsame Verpflichtung zu einer Lösung des gegenwärtigen Klimas der Gewalt und Einschüchterung von welcher Seite auch immer, wie auch die Verpflichtung zu Stabilität in einem friedlichen Verhandlungsprozeß“. Wie schon bei früheren Gelegenheiten, so forderte Pretoria auch jetzt den Verzicht des ANC auf die Fortführung des vor dreißig Jahren aufgenommenen bewaffneten Kampfes. Dessen Antwort war immer gewesen, seine Guerillaarmee verteidige lediglich das progressive Südafrika gegen den institutionalisierten Terror der Regierung, und von daher müsse zunächst die Regierung auf die Anwendung von Gewalt verzichten<sup>6</sup>. In Groote Schuur kam der ANC der Regierung weit entgegen, als er Anfang August 1990 die Suspendierung seines bewaffneten Kampfes verkündete. Denn Pretoria versprach jetzt nur, alle „politischen Gefangenen“ freizulassen und allen exilierten Südafrikanern die Rückkehr zu gestatten.

In Groote Schuur und Pretoria begegneten sich beide Delegationen ungezählten Schwierigkeiten und Problemen zum Trotz mit einem Maximum wechselseitigen Vertrauens und guten Willens. Manchmal hatte es den Anschein, als bildeten die Verhandlungsführer Nelson Mandela und F. W. de Klerk eine Schicksalsgemeinschaft. Sie wissen, daß der Rückhalt der *Konserwatiewen Party* und des PAC in der Bevölkerung wächst und deren kompromißlose Politik zur Zerstörung Südafrikas führen würde.

### Sicherheitspolitische Aspekte der politischen Neuordnung Südafrikas

Der Verhandlungsprozeß von Groote Schuur und Pretoria war bislang auf Fragen beschränkt, die die Beendigung des bewaffneten Kampfes und die künftige innere Verfassung Südafrikas betreffen. Diese Einschränkung sollte allerdings nicht den Blick dafür verstellen, daß im Bereich der militärischen Sicherheit Probleme aufkommen werden, die die Verhandlungen noch erheblich belasten können.

4 Im wesentlichen abgedruckt in: Africa Research Bulletin/Political Series vom 15. 9. 1989, S. 9364; s. a. OAU Committee on Southern Africa/Political Declaration Agreed at Harare, in: Africa Research Bulletin/Political Series vom 15. 9. 1989, S. 9366-9367; die Südafrikaerklärung der 16. UN-Sondergeneralversammlung, abgedruckt in: Vereinte Nationen, 1990/2, S. 78-79 (Erklärung über Apartheid und deren zerstörerische Folgen im Südlichen Afrika).

5 Abgedruckt in: Africa Research Bulletin/Political Series vom 15. 6. 1990, S. 9688.

6 Dazu jüngst Jo-Anne Collings, A ceasefire but no real „talks truce“ yet/MK intelligence chief Ronnie Kasrils..., in: The Weekly Mail vom 6. 7. 1990, S. 6.

Erstrangiges Problem ist die Rolle der bestehenden Regierungstreitkräfte. Sie bilden eine vom *Afrikanerdom* dominierte schlagkräftige Streitmacht, deren Hauptzweck bislang die gewaltsame Absicherung der Apartheid-Politik nach außen wie nach innen war. Das Londoner Institut für Strategische Studien schätzt ihre Friedensstärke auf etwa 103 000 Mann, im Mobilisierungsfall können diese auf über 500 000 Mann anwachsen<sup>7</sup>. Sie umfassen nicht nur reguläre Truppen wie Heer, Luftwaffe und Marine, sondern auch örtliche Milizen, die sog. Kommandos<sup>8</sup>. Durch den bislang zweijährigen Wehrdienst und die sehr weitgehende Praxis der Reservisteneinberufung während der ersten zwölf Jahre nach Ende der regulären Wehrdienstzeit (pro Jahr bis zu drei Monate) sowie als Folge der Dienstverpflichtungen aller wehrfähigen Männer bis zum Alter von 55 Jahren zum Dienst in den Kommandos ist der überwiegende Teil der männlichen weißen Bevölkerung an der militärischen Absicherung der Apartheid-Politik beteiligt<sup>9</sup>.

Die Bereitschaft der Weißen, auf dieses Element der Sicherheit zu verzichten, dürfte ganz entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, einen politischen Wandlungsprozeß in Gang zu setzen, der keine existentiellen Gefährdungen der weißen Volksgruppe mit sich bringt. Andererseits werden der ANC und die anderen politischen Bewegungen des schwarzen Widerstandes zu Garantien für die weiße Bevölkerungsminderheit nur unter der Bedingung bereit sein, wenn dieser Militärapparat zu bestehen aufhört.

Eine äußerst delikate Problematik verbindet sich ferner mit den nuklearen Fähigkeiten Südafrikas. Seit einer Reihe von Jahren wird vermutet, daß die Regierung in Pretoria über Atomwaffen verfügt. Sicher dürfte sein, wie auch von offizieller Seite bestätigt wurde<sup>10</sup>, daß Südafrika in der Lage ist, binnen kurzer Zeit Atomwaffen herzustellen. Nach Schätzungen von Experten dürfte ein südafrikanisches Kernwaffenpotential aus höchstens 20 bis 25 Atomsprengköpfen herkömmlicher Art (d. h. keine Fusions-, sondern Atombomben des Hiroshima-Typs) bestehen<sup>11</sup>. Die Fähigkeit Südafrikas zu rascher Herstellung nuklearer Waffen beruht auf drei Faktoren: 1. dem geradezu unbegrenzten Zugang zu natürlichen Uran-Reserven in Südafrika; 2. der Fähigkeit der in Valindaba befindlichen Anreicherungsanlagen, genügend waffengrädiges Uran 235 herzustellen, und 3. dem *Know How* der südafrikanischen Nuklearexperten, die zu einem Großteil von ausländischer Hilfe (insbesondere im Rahmen der geheimen Kooperation mit Israel) profitieren konnten<sup>12</sup>.

Ein sofortiger Beitritt Südafrikas zum Vertrag über die Nicht-Verbreitung von Kernwaffen (Atomwaffensperrvertrag/NPT) könnte den Weg für eine internationale Kontrolle aller in Südafrika befindlichen Nuklearanlagen einleiten. Sollten Atomwaffen existieren, könnten diese mit Hilfe der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) in Wien vernichtet werden. Tatsächlich verdichten sich auch

7 International Institute for Strategic Studies (IISS), *The Military Balance 1989-1990*, London 1989, S. 138-140.

8 *Ibid.*; vgl. auch Gay Hammerman, *The Almanac of World Military Power*, San Rafael, Cal. 1980, S. 291-296.

9 G. Cawthra, *Brutal Force: The Apartheid War Machine*, London 1986, S. 62 ff.

10 Vgl. den Artikel *The South African Government Denies Having Nuclear Weapons but Does Claim to be Nuclear Capable*, in: *Flight International*, 27. August 1988, S. 14.

11 Leonard S. Spector, *Nuclear Ambitions — The Spread of Nuclear Weapons 1989-1990*, Boulder, Col. 1990, S. 282.

12 *Ibid.*, S. 286 ff.

seit einiger Zeit Hinweise, wonach ein baldiger Beitritt der Republik Südafrika zum NPT bevorstehe. Die Erwartung, daß Südafrika diesen Beitritt aus Anlaß der 4. Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag im August 1990 erklären werde, hat sich jedoch nicht erfüllt. Der südafrikanische Außenminister Botha verband nach Ende der Konferenz die Bereitschaft seines Landes zur Vertragsunterzeichnung mit der Bedingung, daß auch alle anderen Staaten des südlichen Afrikas ihm beitreten müßten. Offensichtlich möchte er Zeit gewinnen. Zudem hat die südafrikanische Regierung die Anreicherungsanlage in Valindaba vorerst geschlossen, vermutlich um selbst nach einem Beitritt zum NPT die vollständige Kontrolle seitens der IAEO über diese für das südafrikanische Kernwaffenprogramm zentrale Anlage noch weiter hinauszögern zu können<sup>13</sup>. Der Hauptgrund für das Zögern der Regierung dürfte allerdings, ähnlich wie in der Frage der Beibehaltung der Streitkräfte, darin liegen, daß sie ihre Trümpfe (hier die nukleare Option) erst aus der Hand geben will, wenn sie sicher sein kann, daß die politischen Verhandlungen mit dem ANC zu einem für die Weißen akzeptablen Ergebnis führen. Zwar hat der ANC bislang dieses Thema noch nicht berührt. Doch irgendwann wird auch dieser Punkt auf die Tagesordnung kommen, und der ANC müßte dann unter schwerem internationalem Druck die Wünsche der Weißen akzeptieren, um das Nichtverbreitungs-Regime zu gewährleisten. Schließlich ist durchaus realistisch, davon auszugehen, daß die Führung in Pretoria ihre Nuklearwaffenoption als Druckmittel nutzt, um vor allem die Regierungen in Washington und London dazu zu veranlassen, sich stärker für die Belange der weißen Volksgruppe in einem Südafrika nach der Apartheid einzusetzen. Denkbar wäre auch, daß in diesem Zusammenhang mit äußerst irrationalen Drohungen gearbeitet wird, wie z. B. der Androhung, die südafrikanischen Atomwaffen an notorische Feinde des Westens etwa im Nahen oder Mittleren Osten weiterzugeben, oder aber dem ANC diese Waffen zu überlassen<sup>14</sup>.

Der ANC hat bislang nicht erkennen lassen, daß er in irgendeiner Weise an der Übernahme der südafrikanischen Atombomben oder einer Fortführung der militärisch relevanten Nuklearprogramme interessiert ist. Einer jüngst erschienenen Veröffentlichung des ANC ist zu entnehmen, daß er für den Beitritt Südafrikas zum Atomwaffensperrvertrag plädiert. Alle Kernwaffen sollen unter internationaler Aufsicht zerstört und der Atommeiler Koeberg geschlossen werden<sup>15</sup>. Allerdings besteht keine Gewißheit, daß der ANC sich an diese Vorgaben halten wird, wenn er erst einmal Regierungsverantwortung übernommen hat. Manche Beobachter argwöhnen sogar, er könne Atomwaffen an die ihm schon während seines Befreiungskampfes eng verbündeten Staaten Irak, Libyen, Nigeria oder die PLO übergeben. Denkbar ist auch, daß ein von der schwarzen Mehrheit regiertes Südafrika von der Bevölkerung und insbesondere der Wirtschaftskraft her zu einem der führenden Staaten Afrikas wird und dann der Versuchung erliegt, mittels Kernwaffenbesitzes zur führenden Nation Afrikas (zumindest Schwarzafrikas) zu werden.

<sup>13</sup> Ibid., S. 281; s. a. Robert von Lucius, Pretoria zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags bereit, in: FAZ vom 19. 9. 1990, S. 6.

<sup>14</sup> Vgl. von Lucius, op. cit.

<sup>15</sup> Ibid.

Für die Weißen könnte die Atomwaffenoption auch noch einen anderen Stellenwert besitzen. Vorausgesetzt, eine einvernehmliche, den Interessen der Weißen genehme Lösung zeichnet sich nicht ab, ist es durchaus denkbar, daß die Idee einer Teilungslösung für Südafrika unter den Weißen an Raum gewinnt. Der Besitz von Kernwaffen könnte dabei durchaus ein Faktor sein, der die Weißen in einer solchen Politik bestärkt und diesem Anliegen die nötige Schlagkraft verleiht. Es muß allerdings einschränkend vermerkt werden, daß die für die Aufrechterhaltung der nuklearen Option erforderlichen Anlagen — einschließlich der Schürfgelände für Uran im Transvaal — im Bereich Johannesburg/Pretoria liegen. Die bislang diskutierten Teilungsmodelle gehen aufgrund demographischer Kriterien jedoch davon aus, daß ein weißer Separatstaat bestenfalls im Südwesten oder Nordwesten der Kap-Provinz denkbar wäre.

Einen weiteren Problemkreis stellt die südafrikanische Rüstungsindustrie dar. Infolge des seit 1977 bestehenden verbindlichen Waffenembargos der Vereinten Nationen war Südafrika in zunehmendem Maße gezwungen gewesen, auf eigene Kapazitäten zurückzugreifen. Die unter der Führung des nationalen Rüstungskonsortiums ARMSCOR aufgebauten Rüstungsproduktionskapazitäten sind für ein Land von der Größe und der wirtschaftlichen Stärke Südafrikas beachtlich. In nahezu allen Bereichen der Land-, Luft- und Seerüstung produziert Südafrika seine Rüstungsgüter selbst<sup>16</sup>.

Der Verhandlungsprozeß von Groote Schuur wird nicht ohne Folgen für die südafrikanische Rüstungswirtschaft bleiben, wie umgekehrt die Rüstungsindustrie den Verhandlungsprozeß komplizieren wird. So dürfte im Verlauf eines erfolgreichen Abschlusses der Groote-Schuur-Verhandlungen das Waffenembargo der Vereinten Nationen aufgehoben werden. Da zudem mit dem Ende des Kampfes um die Apartheid-Politik die Nachfrage nach Rüstungsgütern nachlassen wird, wird auch die Notwendigkeit für eine weitgehende und kostspielige Autonomie auf dem Rüstungssektor entfallen. Insbesondere jene Bereiche der Rüstungsproduktion, die einen sehr hohen, die Möglichkeiten der südafrikanischen Industrie überfordernden Technologiebedarf haben, dürften auslaufen (insbesondere im Marschflugkörper- und Flugzeugbau). Allerdings ist abzusehen, daß in jenen Produktionsbereichen, in denen die südafrikanische Industrie sehr erfolgreich war, ein Exportboom einsetzen wird. Die südafrikanischen Rüstungsbetriebe haben es vor allem in den Sektoren der Heeresrüstung und der einfachen Transport- und Verbindungsflugzeuge geschafft, kostengünstige, leicht handhabbare und besonders für Einsätze in typischen Drittwelt-Konflikten geeignete Systeme zu entwickeln und in größeren Mengen herzustellen<sup>17</sup>. In Südafrika produzierte Radpanzer, Truppentransporter, Artilleriegeschütze und Verbindungsflugzeuge sind bislang wegen des in Resolution 558 Ziff. 2 (1984) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen enthaltenen Ersuchens, keine in Südafrika hergestellten Rüstungsgüter zu erwerben, legal nicht verkäuflich. Nach Abschluß eines erfolgreichen Reformprozesses in Südafrika wird

<sup>16</sup> Vgl. Michael Broszka, *South Africa: Evading the Embargo*, in: Michael Broszka u. Thomas Ohlson (Hrsg.), *Arms Production in the Third World*, London u. a. 1986, S. 193-214.

<sup>17</sup> *Ibid.*

diese Resolution vom Sicherheitsrat aufgehoben werden. Dann könnten sich diese militärischen Güter als Verkaufsschlager erweisen.

Sofern sich ein friedlicher Wandel in Südafrika als nicht gangbar erweisen sollte oder solange hierüber noch Unklarheit besteht, wird die weiße Minderheit in Südafrika versuchen, die Rüstungsproduktionskapazitäten nicht aus der Hand zu geben. Bei einer Teilungslösung dürften die meisten Rüstungsbetriebe im Gebiet des schwarzafrikanischen Teils verbleiben (hauptsächlich im Transvaal und im Oranje-Freistaat).

Es hat den Anschein, daß der Verhandlungsprozeß von Groote Schuur und Pretoria inzwischen seine Eigendynamik entwickelt hat. Rückschläge werden dennoch nicht ausbleiben. Dann werden abermals Großbritannien und auch die beiden Supermächte vermittelnd eingreifen. So dürfte gewährleistet sein, daß die hier angesprochenen sicherheitspolitischen Probleme bei der Lösung des Südafrikakonflikts voll berücksichtigt werden. Dies gilt um so mehr, als die entsprechenden Interessen Londons, Washingtons und Moskaus, wie übrigens auch die aller anderen Staaten der nördlichen Hemisphäre, hier identisch sind.

#### Mögliche Ergebnisse der Verhandlungen von Groote Schuur

Die Vorstellungen des ANC von einem Südafrika nach der Apartheid sind zum einen in seinen „Verfassungsgrundlinien für ein demokratisches Südafrika“ vom Sommer 1988 und zum anderen in dem bereits in anderem Zusammenhang erwähnten Dokument von 1989 niedergelegt. Danach wird an die Stelle des weißafrikanischen Minderheitsregimes ein demokratisches Staatswesen treten.

Unter ihrem neuen Vorsitzenden F. W. de Klerk erarbeitete die NP Mitte 1989 einen sog. Fünfjahresaktionsplan. Dieser Plan ist konfus, und selbst heute dürften sogar Kabinettsmitglieder kaum präzise Vorstellungen von dem neuen Südafrika haben. Die NP ist unvorbereitet in die Verhandlungen mit dem ANC gegangen. Heute aber sind Studiengruppen, insbesondere solche des *broederbondes*, damit beschäftigt, über alternative politische Ordnungen zu arbeiten. Die Unterhändler der NP werden nicht darauf verzichten, Volksgruppenrechte als Eckpfeiler der neuen politischen Ordnung in die neue Verfassung aufzunehmen. Die Weißen in diesem System dürften darüber hinaus auf Dauer die Kontrolle über die Ressorts Finanzen, Polizei und Streitkräfte für sich fordern. Ein solches Zugeständnis wird der ANC jedoch um keinen Preis machen.

Bei ihren kommenden Verhandlungen werden sich NP und ANC u. a. um eine Definition des Begriffs „Demokratie“ bemühen müssen. Die NP hatte bereits unter P. W. Botha für das weiße Südafrika ein demokratisches System weitgehend westlicher Prägung propagiert und praktiziert, erst recht nun unter ihrem heutigen Parteiführer F. W. de Klerk. Die Führungsspitze des ANC bekennt sich dagegen erst seit kurzem zu einem solchen Demokratieverständnis. Es spricht aber vieles dafür, daß der ANC eine schwarzafrikanische Bewegung ist, für den westlich demokratische Spielregeln keine große Bedeutung haben. So gibt es im heutigen Südafrika zwei politische Kulturen, die sich nicht vereinen lassen. Die daraus resultierenden

Schwierigkeiten, zu einem neuen Südafrika zu finden, werden durch die Existenz undemokratischer Parteien wie *Konserwatiewe Party*, PAC, Azapo, Inkatha und der sich heute eurokommunistisch gebenden SACP verschärft.

Für einen innersüdafrikanischen Ausgleich stellen sich derzeit zwei Fragen<sup>18</sup>: Wie können ANC/SACP, Inkatha, PAC und Azapo gehindert werden, durch ihr Ringen um die Macht in einem neuen Südafrika/Azania das Land völlig zu zerstören? Wie kann darüber hinaus verhindert werden, daß die sehr starken rechtsextremistischen Oppositionsgruppen der weißen Südafrikaner das wahr machen, wovor M. Buthelezi vor über zehn Jahren in New York warnte, nämlich „die Erde verbrennen in der elften Stunde und sterben in Verteidigung dessen, was nicht zu verteidigen ist“<sup>19</sup>?

Mit dem Zurückweichen weißafrikanischer politischer und militärischer Macht besteht die Gefahr, daß ANC/SACP, Inkatha, PAC und Azapo die Gewaltanwendung gegeneinander intensivieren werden. Noch bevor das von ihnen allen propagierte neue „demokratische“ Südafrika geboren sein wird, werden die Befreiungsbewegungen im Ringen um die Nachfolge der derzeitigen Machthaber Südafrika zu einem neuen Libanon machen. Weißafrikanische Extremisten würden eine solche Entwicklung fördern, da sie darin eine Chance sähen, die Machtübernahme durch die Schwarzen zu verhindern. Kämpfe zwischen Inkatha und ANC haben in Natal und in Transvaal im Sommer 1990 Hunderte von Toten gefordert. Sollte es einmal zu Auseinandersetzungen zwischen ANC- und PAC-Angehörigen kommen — so, wie sie Mitte der 80er Jahre im östlichen Kap stattfanden —, werden diese noch blutiger sein. Die seit Jahrzehnten unternommenen Anstrengungen der OAU, ANC/SACP und PAC zu versöhnen, sind auf der ganzen Linie gescheitert. Denn allen Befreiungsbewegungen fehlt als Folge der langjährigen Konfrontation inzwischen die Bereitschaft zur Koexistenz, und der OAU mangelt es an der Autorität, diese Bereitschaft zu schaffen. Es wird erforderlich sein, im schwarzen Südafrika lange Zeit eine internationale Friedensstreitmacht zu stationieren. Deren wichtigste Aufgabe wird darin bestehen, ANC/SACP, Inkatha, PAC und Azapo dazu zu bringen, gemeinsam zu regieren.

Sollten die Befreiungsbewegungen sich weiterhin unfähig zu einem Kompromiß zeigen, könnte das zu einem Rückfall der Weißen in die Apartheid-Politik führen mit katastrophalen Folgen. In diesem Zusammenhang sollte aber auch die Option einer politischen Zweiteilung Südafrikas nicht übersehen werden. Der liberale Dissident Van Zyl Slabbert, dem heute eine wichtige Mittlerfunktion zukommt, hat im April 1990 erstmals in der Öffentlichkeit die Möglichkeit einer „Opfer-Teilung“ („*sacrificial partition*“) anklingen lassen<sup>20</sup>. Schon vor fast 20 Jahren hatten auf seine

18 Beide Fragen hält im Grunde für obsolet Carl Friedrich Wolf in dem offiziellen Beitrag, Ende der Apartheid in Afrika? Die ersten hundert Tage unter Staatspräsident F. W. de Klerk und Ausblick für die 90er Jahre, in: *liberal* 1990/1, S. 40-46.

19 Christian Perspectives of the Black Liberation Struggle in South Africa, in: *South African Outlook*, September 1979, S. 137.

20 Shirley Woodgate, Partition may be negotiable — Slabbert, in: *The Star* vom 5. 4. 1990; s. a. Frederik Van Zyl Slabbert, Südafrika: Demokratie durch Verhandlungen?, in: *liberal* 1990/1, S. 47-56 (56).

Veranlassung hin in seinem Haus Südafrikaner und Deutsche<sup>21</sup> diskutiert, ob der innersüdafrikanische Ausgleich in einer Teilung der Kap-Republik „auf Kosten der Weißen“ gefunden werden könne, in den Worten Slabberts: „Opfer-Teilung“ statt der bisherigen „Habgier-Teilung“ („*greedy partition*“). Führende liberale Politiker, darunter Wynand Malan und Denis Worrall, haben diese Möglichkeit inzwischen aufgegriffen: die Schaffung eines politisch unabhängigen, mit dem übrigen Südafrika eng kooperierenden „Afrikaaner-Israel“, das — in der Kap-Provinz gelegen — den weißen Afrikanern als Fluchtbürg dienen würde.

Anfang der 80er Jahre wurde dieser ursprünglich in den Kreisen um Slabbert diskutierte Gedanke von Carel Boshoff, einem Dissidenten der *Konserwatiewen Party*, aufgegriffen<sup>22</sup>. Boshoffs „Afrikanerstan“ liegt beiderseits der Ufer des namibisch-südafrikanischen Grenzflusses Oranje. Dort wurde schon vor Jahrzehnten die für eine solche Fluchtbürg erforderliche Infrastruktur geschaffen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß die namibisch-südafrikanische Grenze hier nicht in der Flußmitte, sondern entlang der Hochwasserlinie des nördlichen Flußufers verläuft<sup>23</sup>. Damit steht das Recht, das Wasser des Oranje in dieser extrem wasserarmen Region etwa für künstliche Bewässerung zu nutzen, ausschließlich Südafrika (und nicht auch Namibia) zu. Wichtig ist, daß eine Arbeitsgruppe des heute im weißen Südafrika sehr einflußreichen *Broederbondes* im April 1990 unter Führung Tjaart van der Walts eine nicht veröffentlichte Studie zu dieser Thematik abgeschlossen hat<sup>24</sup>. Sie hat, ähnlich der erwähnten Stellungnahme Slabberts und entsprechender Äußerungen Willem de Klerks<sup>25</sup>, die Diskussion um eine „gerechte“ Teilung Südafrikas unter den Entscheidungsträgern entfacht. So kann eine „Opferteilung“ die letzte Rückfallposition Pretorias sein; naturgemäß wäre sie den Alternativen „Bürgerkrieg“ oder „Rückfall in das System der Apartheid“ vorzuziehen. Eine solche Teilung Südafrikas kann allerdings, was insbesondere sowjetische Beobachter hervorheben, nur verwirklicht werden, wenn alle Staaten der Region die Grenzen der beiden Nachfolgestaaten als unverletzlich anerkennen. Im Herbst 1990 mehrten sich die Stimmen aus dem *Konserwatiewen Party*- und vielleicht mehr noch dem ANC-Lager, die einer solchen Lösung des Südafrika-Konflikts das Wort redeten.

21 Auf diesen Diskussionen fußen die Beiträge von Jürgen Blenck und Klaus Frhr. von der Ropp, Republik Südafrika: Teilung als Ausweg?, in: *AUSSENPOLITIK* 1976/3, S. 308-324; Klaus Frhr. von der Ropp, Is Territorial Partition a Strategy for Peaceful Change in South Africa?, in: *International Affairs Bulletin* 1979/6, S. 36-47; ders., Power Sharing versus Partition in South Africa, in: *Australian Outlook* 1981/8, S. 158-168; ders., L'avenir de l'Afrique du Sud, in: *Politique Etrangère* 1982/6, S. 429-440; ders., Konfliktlösung durch Trennung?..., in: *Südafrika/Krise und Entscheidung*, München, Bd. 2, S. 351-370; ders., Afrikaaner-Israel kan 'n tweede Libanon verhoed, in: *Vrye Weekblad* vom 27. 10. 1989, S. 18.

22 Dazu Planning a trek to a promised land, in: *The Star* vom 31. 7. 1990, S. 12; s. a. Dries van Heerden, Partition and the Reasonable Right, in: *Sunday Times* vom 18. 3. 1990, sowie die Beiträge von Marie Waldner bzw. Anne-Marie Mischke, 'n Wit tuisland..., in: *Rapport* vom 18. 3. 1990, S. 29.

23 Detailliert dazu Gerhard Erasmus, How to Farm on the South African/Namibian Border: Problems in Demarcating a River Boundary, in: *South African Yearbook of International Law*, Pretoria, 1984, S. 120-137 (128-132).

24 S. die in Fn 22 aufgeführten Beiträge.

25 S. Dries van Heerden, FN 22, a. a. O.